



Medienmitteilung

Zürich, 6. Januar 2022

Zustimmung zur Entwicklung des öV und zum Rahmenkredit des ZVV

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Grundsätze zur Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr für die Fahrplanperiode 2024 bis 2027 festzulegen ([5730](#)) und den Rahmenkredit des ZVV für die Fahrplanperiode 2022/23 zu genehmigen ([5731](#)). Zudem sollen drei Postulate betreffend öV ([5724](#), [5745](#) und [5746](#)) abgeschrieben werden.

Die KEVU steht geschlossen hinter der aktualisierten Strategie des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV). Die Stossrichtungen, unter anderem in den Bereichen Klima und Dekarbonisierung, werden trotz der Corona-Pandemie konsequent weitergeführt. Die Kommission hat verschiedene geringfügige Ergänzungen eingebracht. Mit einer Ausnahme wurden sie von der Mehrheit der Kommission übernommen, ohne dass Minderheitsanträge gestellt worden sind.

Behebung von Kapazitätsengpässen und Ticketverkauf in Regionalbussen

Als deutliches Signal an die SBB soll die Belegung der S-Bahnen systematisch erfasst werden. Bei Bedarf sollen zusätzliche Kompositionen eingesetzt werden. Ansätze im Bereich der neuen Mobilität sollen auch zusammen mit privaten Anbietern gefördert werden. Zudem wünscht die KEVU vom Verkehrsrat laufend über Investitionen und wiederkehrende Mehrkosten infolge der Verlangsamung des öffentlichen Verkehrs (öV) informiert zu werden.

Umstritten war in der KEVU die Einstellung des Ticketverkaufs in Regionalbussen. Die Mehrheit der KEVU möchte diese Massnahme mit Rücksicht auf die weniger technikaffine Kundschaft nach Möglichkeit abfedern. Eine Minderheit (SP) verlangt eine konkrete und griffige Formulierung statt einer Absichtserklärung.

Rahmenkredit für den ZVV soll genehmigt werden

Aufgrund des hohen Kostendeckungsgrads des ZVV führt die Pandemie zu verhältnismässig starken finanziellen Einbussen. Die KEVU stellt jedoch fest, dass der ZVV in dieser auch für den öV schwierigen Zeit die Kosten im Griff hat. Die Erträge bleiben vorderhand schwierig zu budgetieren.

Die Kommission ist zwar überzeugt, dass sich die Situation mittelfristig wieder normalisieren wird, meint aber, dass der öV im Kanton Zürich in der jetzigen Zeit unterstützt werden muss. Sie stimmt daher dem Rahmenkredit über 870,5 Mio. Franken für die Fahrplanperiode 2022/2023, wie von der Regierung beantragt, einstimmig zu.

Abschreibung von drei öV-Postulaten

Im Rahmen ihrer Beratungen hat die KEVU die Berichte und Anträge des Regierungsrates zu zwei Postulaten der AL und einem Postulat der GLP geprüft, die alle den öffentlichen Verkehr betreffen. Die Kommission folgt der Regierung und beantragt einstimmig, alle drei Postulate als erledigt abzuschreiben.



Kantonsrat Manuel Sahli (AL, Winterthur) hatte mit dem Postulat betreffend «Verbesserungen auf der Stammstrecke Winterthur-Zürich» vom Regierungsrat verlangt, darzulegen, wie die Kapazität auf der genannten Strecke vor dem Bau des Brüttenertunnels erhöht werden kann ([5724](#)). Die KEVU verlangt in der Vorlage 5730 den bedarfsgerechten Einsatz zusätzlicher Kompositionen, sodass es in Nebenverkehrszeiten nicht zu unnötig vollen Zügen kommt. Damit wird das Problem zumindest im Rahmen des Machbaren angegangen.

Mit einem weiteren Postulat betreffend «Shared Mobility mit Autostopp-Haltestellen» ([5746](#)) verlangte Manuel Sahli, dass die Möglichkeit von Autostopp-Haltestellen in Gebieten mit schlechter öV-Erschliessung geprüft wird. Die Auswertung dreier Projekte in der Schweiz, eines davon im Kanton Zürich («Alpenblick fährt mit» in Hinwil), hat laut dem Regierungsrat ergeben, dass das Potenzial für Car-Pooling mit festen Einsteigestellen in der Schweiz mit ihrem sehr engmaschigen öV-Angebot gering ist.

Mit dem Postulat der ehemaligen Kantonsrätin Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen) betreffend «Selbstfahrende Autos als Teil des öffentlichen Verkehrs» wurden Rahmenbedingungen verlangt, damit selbstfahrende Autos Teil des öffentlichen Verkehrs werden ([5745](#)). Laut dem Regierungsrat zeigt sich aber, dass selbstfahrende Autos zumindest in näherer Zukunft aus verschiedenen Gründen (technische Reife, Marktangebot, Akzeptanz in der Bevölkerung, nationale Rahmenbedingungen und nötige rechtliche Regulierungen) kaum grössere Bedeutung haben werden. Auch der Flächenbedarf wird im Vergleich zum herkömmlichen öV-Angebot kritisch beurteilt. Das zukünftige Potenzial selbstfahrender Autos ist aber unbestritten, und die Entwicklung wird vom neuen Amt für Mobilität aktiv begleitet.

Kontakte:

Kommissionspräsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Minderheit Vorlage 5730: Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), 077 438 26 29